Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 2311

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 137. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, den 16. Dezember 1960

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

I. 1. Abgeordneter **Schneider (Bremerhaven)**

Ist die Bundesregierung bereit, nach den wiederholten Übergriffen französischer Seestreitkräfte gegenüber deutschen Handelsschiffen nunmehr mit allem Nachdruck die französische Regierung aufzufordern, unverzüglich dafür zu sorgen, daß derartige eindeutig völkerrechtswidrige Übergriffe künftig unterbleiben?

I. 2. Abgeordneter **Hansing**

Ist der Bundesregierung bekannt, ob in den letzten Monaten Handelsschiffe anderer Länder, die Mitglied der EWG oder der NATO sind, entgegen allen Regeln des Völkerrechts — ähnlich wie der deutsche Frachter „Morsum" und das deutsche Motorschiff „Weißesee" — von französischen Kriegsschiffen aufgebracht und durchsucht wurden?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Abgeordnete **Frau Dr. Schwarzhaupt**

Ist es nach dem geltenden Recht zu verantworten, daß die Staatsanwaltschaft in Fulda die Strafverfolgung eines Redakteurs der VVN-Zeitung „Die Tat" wegen mangelnden öffentlichen Interesses in einem Fall ablehnt, in dem dem Redakteur eine üble politische Verleumdung gemäß § 187 a Strafgesetzbuch vorgeworfen wird, da er von einem Mitglied des Bundestages behauptet hat, es sei ein Massenmörder?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

Abgeordneter **Ritzel**

Wieviel Anträge auf Wiedergutmachung sind schätzungsweise im Bundesgebiet noch unerledigt?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

Abgeordneter **Dr. Brecht**

Hält die Bundesregierung die in dem Rundschreiben des Herrn Bundeswirtschaftsministers vom 5. August 1960 vertretene Auslegung des § 2 a des Wirtschaftsstrafgesetzes

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestraße 54. Telefon 63551

für ausreichend, um den immer mehr zunehmenden Mietwucher bei noch und bei nicht mehr preisgebundenen Wohn- und Geschäftsräumen wirksam zu bekämpfen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung

Abgeordneter **Spitzmüller**

Welche Dienststelle trifft das Verschulden für die Verschleuderung von Steuermitteln durch die Tatsache, daß im Frühjahr 1959 eine Überführung der Landstraße II. O. Nr. 21 über die Bundesautobahn zwischen Schuttern und Kürzell gebaut und auf Wunsch der Bundeswehr für Fahrzeuge bis zu 100 t tragfähig hergestellt wurde, obwohl bekannt sein mußte, daß bei der vorgesehenen und im Sommer 1960 beschlossenen Erweiterung des nahegelegenen Militärflugplatzes diese Landstraße verlegt werden muß und die 100-t-tragfähige Überführung über die Bundesautobahn mit einem Kostenaufwand von rund 700000 DM dann nur noch als landwirtschaftlicher Wirtschaftsweg Verwendung finden kann?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungsbau

Abgeordneter **Dr. Brecht**

Bis wann beabsichtigt die Bundesregierung die früher gegebene Zusage zu erfüllen, daß die im Jahre 1956 im Zweiten Wohnungsbaugesetz festgelegte und inzwischen durch die Entwicklung längst überholte Einkommensgrenze für die sog. Bevölkerungskreise mit geringem Einkommen in angemessenem Umfang erhöht wird?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftlichen Besitz des Bundes

Abgeordneter **Dr. Atzenroth**

Ist bei den Überlegungen, die laut Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP — Drucksache 1931 — von den Herren Bundesministern für Verteidigung und wirtschaftlichen Besitz des Bundes über die Umorganisation der Industrieverwaltungsgesellschaften mbH angestellt werden, auch daran gedacht, die Gliederung dieser Gesellschaften auf verteidigungswirtschaftliche Aufgaben einzurichten?

Bonn, den 13. Dezember 1960